

Welt der Arbeit

Ausgabe 36

www.weltderarbeit.de

7. Februar 2007

WdA im Februar

Geld stinkt nicht, soll Vespasian gesagt haben, als er eine Steuer auf öffentliche Bedürfnisanstalten einführte. Der Spruch des römischen Kaisers ist bekanntlich zum Geflügelten Wort geworden und meint: Egal, wie man zu Geld kommt, Hauptsache: Man hat es. Und so scheint es, dass es denen, die reichlich davon haben und immer mehr davon anhäufen, gleichgültig ist, auf wessen Kosten dies geschieht. Die *WdA* befasst sich diesmal also mit dem Thema Geld – allerdings mit dem Geld, das für Viele immer weniger wird. Die zunehmende Zahl tarifflüchtiger Betriebe, die steigende Zahl von Beschäftigten im Niedriglohnsektor, die gesunkenen Nettoeinkommen in Arbeiterhaushalten, die weiter sinkenden Renten und der Kampf der Gewerkschaften für eine gerechtere Verteilung der reichlich vorhandenen Mittel – darum geht es in dieser Ausgabe.

Die Themen im Einzelnen

Seite 1

Aufschwung nur für die Minderheit

Seite 2

Gegen Ausbeutung – für höhere Tarifeinkommen

Seite 3

Rentenreform bedeutet Rentenkürzung!

Seite 4

Positionen des DGB zur Rentenpolitik, Kapitalismus pur

Seite 5

Immer mehr Armutslöhne

Seite 6 und 7

Blick zurück: Emma Ihrer, Nachrichten

Seite 8

Ein Job ist häufig nicht genug, Armut in Deutschland

Seite 9

Mindestlöhne in der EU steigen, Buchtipp, Kommentar,

Impressum

Seite 10

Investivlohn – ein

„brandaktuelles Thema“?

Seite 11 und 12

Gewinnbeteiligungsmodell bei Bertelsmann, Wie die Reichen reicher und die Armen ärmer werden

Aufschwung nur für die Minderheit

Seit Wochen verkünden Politiker und Interessenvertreter des Kapitals einen Wirtschaftsaufschwung. Die Geschäfte laufen besser als zuvor. Investoren und Renditejäger sind auch international erfolgreich. Statistisch sinkt die Arbeitslosigkeit. Aber bei der Mehrheit der Bevölkerung ist der Aufschwung nicht angekommen.

Während Reallöhne und Nettoeinkommen sinken, feierte der Deutsche Aktienindex (Dax) 2006 mit einem Kursplus von gut 20 Prozent ein prächtiges Börsenjahr. Die Manager in den großen Unternehmen stopfen sich die Taschen voll und vernichten Arbeitsplätze. Sattelfünf Prozent Gehaltserhöhung haben die Vorstände der Dax-Konzerne im vergangenen Geschäftsjahr durchschnittlich kassiert. Die tatsächlichen Bezüge sind jedoch noch höher, weil in der Statistik Aktienoptionen und Pensionsansprüche fehlen.

2006 ist das Volkseinkommen in Deutschland um 42 Milliarden Euro gestiegen. Davon entfielen 40 Milliarden auf Gewinn- und Vermögenseinkommen, jedoch nur zwei Milliarden auf Arbeitnehmerentgelte. Die Nettolohnquote ist im Jahr 2005 erneut zurückgegangen auf nur noch 41,2 Prozent des privat verfügbaren Volkseinkommens. Das ist der niedrigste Wert seit 1960. Gründe für die Verluste: die Arbeitslosigkeit, allgemein niedrige Lohnzuwächse, die Ausbreitung des Niedriglohnsektors und die noch von der rot-grünen Koalition beschlossene Belastung der Arbeitnehmer bei der gesetzlichen Krankenversicherung.

In sehr vielen Betrieben werden weiterhin Arbeitszeiten verlängert, Löhne und Gehälter gekürzt und Arbeitsbedingungen verschlechtert. Die Flucht der Unternehmer aus den Flächentarifverträgen hält

an. Im vergangenen Jahr sind nach Berechnungen des WSI die tatsächlich gezahlten Löhne (Effektivlöhne) im Durchschnitt um 1,2 Prozent geringer ausgefallen als die zwischen Unternehmern und Gewerkschaften ausgehandelten Tariflöhne. In die Röhre gucken vor allem Beschäftigte in Betrieben, die sich der Tarifbindung entziehen. Das geschieht besonders häufig in Ostdeutschland. Aber auch bundesweit gibt es viele Branchen, in denen die Tarifverträge längst ausgelaufen und keine neuen vereinbart worden sind.

2006 hat die Zahl der Erwerbstätigen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes deutlich zugenommen. Allerdings sind immer weniger abhängig Beschäftigte noch in normalen Arbeitsverhältnissen tätig. Zunehmend werden unbefristete Vollzeitstellen durch Leiharbeiter/innen ersetzt. Außerdem ist die Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung nur auf den ersten Blick ein Erfolg. Sie beschränkt sich nämlich nahezu vollständig auf Teilzeitkräfte. Sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen haben sich im vergangenen Jahr lediglich um 12.000 erhöht. Gleichzeitig stieg die Zahl geringfügig entlohnter Arbeitskräfte weiter. Zugenommen haben außerdem die Ein-Euro-Jobs und die Mini-Jobs.

Trotz steigender Leistungen der Beschäftigten und höherer Produktivität, trotz Steuersenkungen und enormer Wirtschaftsförderung mit Steuergeldern sind kaum zusätzliche Vollzeitstellen entstanden. Selbst in gut gehenden Unternehmen sind die Arbeitsplätze nicht sicher. Nach Schätzungen von Experten suchen mindestens sieben Millionen Menschen in Deutschland einen Arbeitsplatz. Von sozialem Aufschwung kann also keine Rede sein.

Arbeitskämpfe 2007

Gegen Ausbeutung – für höhere Tarifeinkommen

Spürbare Lohn- und Gehaltserhöhungen wollen die Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen der kommenden Wochen und Monate durchsetzen. Mindestens soll der tarifpolitische Verteilungsspielraum aus Preis- und Produktivitätsentwicklung ausgeschöpft werden. Das kann allerdings nur gelingen, wenn die Beschäftigten in den Betrieben ihre Gewerkschaft überzeugend unterstützen und auch streikbereit sind.

Für die Chemische Industrie mit ihren rund 560.000 Beschäftigten in 1.900 Betrieben haben die regionalen Verhandlungen bereits begonnen. Die IG Bergbau, Chemie, Energie (BCE) hat zwar keine Forderung beziffert, verlangt aber eine reale Einkommenserhöhung. Im Jahr 2005 wurde eine tarifliche Einkommensverbesserung von 2,7 Prozent vereinbart, plus einer Einmalzahlung von 1,2 Prozent pro Monat, die kriselnde Betriebe streichen konnten. Der Vertrag wurde für 19 Monate abgeschlossen. Diesmal will die IG BCE eine kürzere Laufzeit erreichen.

Nettoeinkommen gesunken

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für die Metall- und Elektroindustrie, die Druckindustrie, das Bauhauptgewerbe und für einige regionale Bereiche des Einzel- und Großhandels sowie der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie werden zum 31. März 2007 gekündigt. Der Vorstand der IG Metall wird am 26. Februar die Forderungen beschließen. Am 28. April endet in diesem Tarifbereich die Friedenspflicht. Die Nettoeinkommen der Arbeit-

nehmer-Haushalte sind in den vergangenen Jahren gesunken. Ein wesentlicher Grund dafür sind die geringen tariflichen Lohn- und Gehaltssteigerungen. Seit Beginn der 90er Jahre wurden zudem im großen Stil über-tarifliche Leistungen vor allem in den alten Bundesländern mit Tarifierhöhungen verrechnet oder ganz abgebaut. In diesem Jahr wird die Kaufkraft durch die Mehrwertsteuererhöhung, durch Kürzung der Pendlerpauschale, Reduzierung des Sparerfreibetrages und Erhöhung der Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung geschwächt.

Schlusslicht in Europa

Die Löhne und Gehälter in Deutschland hinken bereits seit mehreren Jahren der europäischen Entwicklung hinterher. Die Bundesrepublik verzeichnet seit Jahren das niedrigste Nominallohnwachstum, überdurchschnittliche Reallohnverluste und die schlechteste Verteilungsbilanz in Europa. Die meistens unbezahlten Arbeitszeitverlängerungen liegen deutlich über dem EU-Durchschnitt. Dies ist keinesfalls mit der Höhe der Arbeitskosten zu begründen; denn die bewegen sich lediglich im europäischen Mittelfeld. Neben der restriktiven Einkommensentwicklung hat Deutschland auch die schlechteste Wachstums- und Beschäftigungsbilanz zu verzeichnen, aber die größte Umverteilung von Arbeits- zu Kapitaleinkommen.

Die Exportwirtschaft boomt, die Renditen steigen auf Rekordhöhen und viele Managergehälter explodieren. Es ist höchste Zeit, dass Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer für deutlich höhere Tarifeinkommen und kürzere Arbeitszeiten kämpfen! Und niemand sollte sich mit faulen Verhandlungskompromissen begnügen.

Die Unternehmerverbände und ihre Propagandisten organisieren den Widerstand gegen höhere Löhne und Gehälter. „Es gibt überhaupt keinen Grund, den Betrieben jetzt einen größeren Zuwachs bei den Lohnkosten aufzuladen als in dem außergewöhnlichen Jahr 2006“, sagte Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser im Interview der *Frankfurter Rundschau*.

Die Unternehmer plädieren immer häufiger für erfolgsabhängige Einmalzahlungen, die nicht in die tariflichen Lohn- und Gehaltstabellen einbezogen werden, also nicht zukunftsfest sind. Damit wird das betriebliche Erfolgsrisiko den Beschäftigten aufgebürdet. Dies ist keine vertretbare Alternative zu tariflichen Einkommenssteigerungen.

Tarifflicht bekämpfen

Der Tarifflicht vieler Unternehmer muss künftig konsequent mit betrieblichen Aktionen der Belegschaften begegnet werden. Auch zurzeit nicht tarifgebundene Betriebe müssen in die Tarifkämpfe einbezogen werden. Die gewerkschaftliche Kampfkraft darf sich nicht auf Groß- und Mittelbetriebe konzentrieren. In möglichst allen Unternehmen müssen Betriebsversammlungen zur Information und Aufklärung der Belegschaften genutzt werden. Denn wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Franz Kersjes

Rentenreform bedeutet Rentenkürzung !

Die Heraufsetzung des Rentenalters ist Schwerpunkt von Aktionswochen der Gewerkschaften. In Regionen, Betrieben und Wahlkreisen werden vor allem die Politiker der Regierungsfractionen mit den Auswirkungen der geplanten Gesetzesänderungen konfrontiert. Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre soll verhindert werden. Es ist zu hoffen, dass sich vor allem junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Protesten beteiligen; denn sie werden im Alter von den Rentenkürzungen betroffen sein.

Proteste gegen die Regierung

Die Gewerkschaften lehnen die Beschlüsse der Großen Koalition zur Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre nachdrücklich ab. Das Vorhaben trifft zwei Gruppen ganz besonders: Diejenigen, die auf Grund gesundheitlicher Probleme nicht bis zur gesetzlichen Altersgrenze durchhalten können, und diejenigen, die keine Chancen mehr auf dem Arbeitsmarkt haben.

Wegen arbeitsbedingter gesundheitlicher Beeinträchtigungen erreichen Millionen von Menschen nicht einmal das heutige Renteneintrittsalter von 65 Jahren. Andere sind ähnlich betroffen, weil sie ihren Job verloren haben und keine neue Anstellung mehr finden. Wer deshalb früher in Rente geht, muss Abschläge bei der Altersrente hinnehmen. Und die werden noch steigen, wenn das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre angehoben wird.

Das durchschnittliche Zugangsalter zur Altersrente liegt zurzeit bei 63 Jahren. Aber in der Metall- und Elektroindustrie und in vielen anderen Branchen scheiden die

Beschäftigten in der Regel vor Vollendung des 60. Lebensjahres aus. Nur 38 Prozent der über 55jährigen haben noch einen Arbeitsplatz. Bei den Männern zwischen 60 und 65 Jahren ist es nur noch ein Drittel, und bei den Frauen beträgt der Anteil sogar nur 20 Prozent. Mehr als die Hälfte der Betriebe beschäftigen keine Menschen, die über 50 Jahre alt sind. Für viele Manager und Unternehmer sind junge Leute billiger und belastbarer und damit auch profitabler. Umso skandalöser ist die Forderung der Arbeitgeberverbände, das Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre zu erhöhen.

Auf Initiative der SPD und ihres Ministers Franz Müntefering hat das Bundeskabinett Ende November den Gesetzentwurf zur „Rente mit 67“ beschlossen. Die abschließende dritte Lesung im Bundestag soll am 9. März 2007 stattfinden. Dann soll das Rentenalter ab 2012 schrittweise auf 67 Jahre steigen. Der Prozess soll bis 2029 abgeschlossen sein. Damit will die Bundesregierung die Rentenkassen entlasten, den Beitragssatz unter 20 Prozent und den Bundeszuschuss stabil halten. Für Beschäftigte, die bis zum 31.12.2005 eine Vereinbarung über eine Altersteilzeit getroffen haben, bleibt es bei den derzeitigen Altersgrenzen. Für Versicherte mit mindestens 35 Beitragsjahren bleibt es bei dem Referenzalter von 63 Jahren; ab 2024 sind 40 Beitragsjahre notwendig. Versicherte, die 45 Pflichtbeitragsjahre erreichen, können weiterhin mit 65 Jahren in Rente gehen.

Mit Hartz IV in Rente

Zeiten von Arbeitslosigkeit werden künftig im Durchschnitt noch stärker auf die Rentenhöhe durchschlagen als bisher. Wegen der

Verkürzung der Höchstbezugsdauer des Arbeitslosengeldes I und der Ablösung der Arbeitslosenhilfe durch Hartz IV verringern sich tendenziell die Beitragszahlungen zur Rentenversicherung. Durch die Abschaffung der vorgezogenen Arbeitslosentaltersrente ab dem Jahr 2012 werden mehr ältere Arbeitslose auf das Arbeitslosengeld II angewiesen sein. Außerdem müssen Hartz-IV-Empfänger nach Auslaufen einer bis Ende 2007 befristeten Übergangsregelung künftig zum frühest möglichen Zeitpunkt Altersrente unter Inkaufnahme der entsprechenden Abschläge beantragen, so dass sich für diese Gruppe durch die Anhebung der Regelaltersgrenze zwangsläufig eine zusätzliche Rentenkürzung ergibt.

Die Altersarmut wird steigen

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind gesundheitlich überhaupt nicht in der Lage, auch nur annähernd bis zum Alter von 67 Jahren zu arbeiten. Besondere Gesundheits- und Arbeitslosigkeitsrisiken tragen geringer qualifizierte Arbeitnehmer/innen.

Die Rente mit 67 ist ein Rentenkürzungsprogramm: Die Dauer der Beitragszahlung wird verlängert, die Rentenbezugsdauer wird verkürzt, und die Rentenabschläge steigen. Damit treibt die Bundesregierung die Altersarmut voran. Offensichtlich ist vielen so genannten Volksvertretern der Bezug zum wahren Leben abhanden gekommen. Dass sich ausgerechnet der SPD-Vizekanzler zum Fürsprecher einer asozialen Politik macht, ist ein Verrat an den ursprünglichen Idealen seiner Partei.

Franz Kersjes

Positionen des DGB zur Rentenpolitik

Statt das gesetzliche Rentenalter heraufzusetzen, sollte das tatsächliche Rentenalter erhöht werden. Die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre bedeutet auf Grund der Abschläge eine kaschierte Rentenkürzung, ohne dass dadurch die strukturellen Probleme für die Rentenkasse gelöst würden. Es darf nicht sein, dass diejenigen, die wegen fehlender Stellen nicht mehr arbeiten können, mit Rentenabzug bestraft werden.

Das tatsächliche Rentenalter könnte durch folgende Maßnahmen erhöht werden:

- Über die Hälfte aller Betriebe beschäftigen keine Arbeitnehmer/innen über 50 Jahren. Die Unternehmer müssen daher zunächst einmal ihre **Einstellung** zu älteren Beschäftigten **ändern**. Durch Gesundheitsprävention, Fortbildung, Teilzeitarbeit können sie selbst viel tun, damit die Beschäftigten länger leistungsfähig sind.
- Die Bundesagentur für Arbeit sollte verstärkt **Fortbildung** von älteren Arbeitnehmern **finanzieren**. Je mehr Ältere auf dem Laufenden bleiben, desto höher ist die Bereitschaft der Unternehmer, sie zu halten. Außerdem sollte das Instrument der Job-Rotation vereinfacht werden.
- Ausweitung der tarifvertraglichen Regelungen zu **Lebensarbeitszeitkonten**. Das entspricht den Bedürfnissen vieler Älterer, in den letzten Arbeitsjahren Teilzeit arbeiten zu können. Gleichzeitig muss geregelt werden, wie die Überstunden im Falle der Insolvenz eines Unternehmens vergütet werden.
- Mehr **gesundheitliche Prävention** in Betrieben und Verwaltungen sowie Ausbau des Arbeitsschutzes. Alle Arbeitsplätze müssen regelmäßig darauf untersucht werden, ob sie gesundheitliche Schäden hervorrufen oder verstärken.
- **Vermeidung von Vorruhestand durch verschärfte Missbrauchsbekämpfung**. Unternehmer, die ältere Arbeitnehmer in den „Vorruhestand“ entlassen, müssen der Bundesagentur für Arbeit (BA) einen Teil der Kosten der Arbeitslosigkeit erstatten. Dieses Instrument galt bereits bis zum 1. Februar 2006, wurde dann aber abgeschafft. Dabei ist es dringender denn je. In seiner bisherigen Form war die Erstattungspflicht allerdings nicht besonders erfolgreich. Bedingt durch zahlreiche Ausnahmeregelungen griff sie nur bei einem Prozent aller Frühverrentungen. Die Erstattungspflicht muss daher auf alle über 55jährigen ausgeweitet werden, die auf Kosten der Sozialsysteme entlassen werden.
- Außerdem schlägt der DGB vor, den **Ausbau der Rentenversicherung zu einer Allgemeinen Solidarversicherung** (auch Erwerbstätigenversicherung genannt) zu prüfen, die auch Selbstständige, Beamte, Politiker sowie geringfügig Beschäftigte einschließt. Dadurch könnten die Einnahmen der Rentenkasse erheblich erhöht werden.

Kapitalismus pur

Heuschreckenalarm: Die Fonds der Finanzinvestoren haben im vergangenen Jahr weltweit Firmen im Wert von 600 Milliarden Dollar aufgekauft. Sie kaufen alles, was hohe Profite verspricht. Der US-amerikanische Investor Kohlberg Kravis Roberts (KKR) zählt international zu den größten und hat seit seiner Gründung 1976 rund 226 Milliarden Dollar bei mehr als 140 Transaktionen investiert. Der größte europäische Anbieter Permira hat seit 1985 insgesamt 19 Fonds mit einem Gesamtvolumen von fast 22 Milliarden Euro betreut. Beide gemeinsam haben im vergangenen Jahr Deutschlands größten kommerziellen TV-Konzern ProSiebenSat.1 erworben.

Deutsche Bank: Im Jahr 2006 konnten die Raffkes ihren Nettogewinn um 70 Prozent auf 5,99 Milliarden Euro steigern. Ihren Vorsteuergewinn trieb die Bank von 6,11 auf 8,1 Milliarden Euro. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern betrug 31 Prozent. Die Ertragsentwicklung ist vor allem auf Kosten der Beschäftigten erzielt worden. In den vergangenen Jahren wurden weltweit 30.000 Arbeitsplätze vernichtet. In diesem Jahr soll der Gewinn noch einmal deutlich steigen.

Exxon Mobil: Der Ölkonzern erzielte für das vergangene Jahr einen Überschuss von 39,5 Milliarden US-Dollar. Der Umsatz des größten Mineralölkonzerns der Welt erreichte mit 377,64 Milliarden eine neue Rekordmarke. Exxon Mobile profitierte vor allem vom kräftigen Anstieg der Rohölpreise.

Immer mehr Armutslöhne

7,8 Millionen Menschen arbeiten in Deutschland zu niedrigen Löhnen – oder sind es nur 3,3 Millionen? Trotz völlig unterschiedlicher Berechnungsweisen der Forschungsinstitute zeichnen sich inzwischen allgemeingültige Trends ab: Der Niedriglohnsektor wächst nicht nur, er verfestigt sich.

Niedriglohnsektor als Chance?

Niedriglohn-Arbeitsplätze werden mit der Hoffnung verbunden, dass mit ihnen dauerhaft mehr Arbeitsplätze entstehen, und zwar solche mit einfachen Arbeiten für gering Qualifizierte, die hier ein Sprungbrett zu besser entlohnten Jobs finden können.

Mit einer Niedriglohnstudie hat das Institut Arbeit und Technik (IAB) diesen Hoffnungen im vergangenen Jahr einen Dämpfer verpasst: Niedriglohnjobs sind häufig instabil und nur von kurzer Dauer – und damit einer langfristigen Integration abträglich. „Für viele Arbeitnehmer wird der Niedriglohnsektor zudem zur Niedriglohnfalle“, analysierte das Institut. Nur noch eine Minderheit (ein Drittel) der Geringverdiener schaffte es im Zeitraum 1996 bis 2001, in eine bessere Position aufzusteigen - viel weniger als im untersuchten Vergleichszeitraum zuvor.

Der Niedriglohnsektor hat sich also in den vergangenen beiden Jahrzehnten verfestigt. „Im internationalen Vergleich stellt dieser Trend eine Besonderheit dar“, betont das IAB. Selbst in den Ländern mit einem größeren Niedriglohnsektor, etwa in Großbritannien, ist die Aufstiegsmöglichkeit nicht so stark blockiert

wie in Deutschland, wie ein Zwölf-Länder-Vergleich der EU-Kommission belegt.

Wer arbeitet für Niedriglöhne?

Frauen, junge Leute, gering Qualifizierte – bestimmte Beschäftigungsgruppen sind unter den Niedrigverdienern deutlich überrepräsentiert. Unabhängig von den umstrittenen Schwellenwerten sind auch die Ergebnisse der Strukturanalyse des WSI: Sie widerlegen viele gängige Annahmen über Niedriglohnempfänger:

> Der Niedriglohnsektor ist kein Sammelbecken von gering Qualifizierten, denen es an Produktivität mangelt und die darum schlecht bezahlt werden. Tatsächlich haben zwei von drei Niedriglöhnern eine Berufsausbildung vorzuweisen oder sogar ein Studium absolviert.

> Der Niedriglohnsektor ist in Deutschland nicht der Bereich, der durch die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern in Billigjobs entstanden ist – diese machen nur 8,9 Prozent der Niedriglohnbeschäftigten aus.

> Niedriglöhner sind nicht überwiegend jung und unerfahren (und somit eher vorübergehend betroffen): Laut WSI sind fast zwei Drittel älter als 30. 25 Jahre und älter sind dem IAB zufolge sogar 83,9 Prozent.

> Nur eine Minderheit der Geringverdiener, nämlich ein Drittel, übt tatsächlich einfache Tätigkeiten aus.

Zum großen Teil sind die niedrigen Löhne nicht individuell durch die Person des Geringverdieners erklärbar, sondern nur durch die Beschäftigung in bestimmten Wirtschaftsbereichen. Gut 80 Prozent der Geringverdiener arbeiten

in Kleinst- und kleinen Betrieben, 63 Prozent im Dienstleistungssektor, etwa 17 Prozent in Privathaushalten.

Als Problem wird der Niedriglohnsektor nicht nur aus sozialen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen gesehen, weil er die private Kaufkraft und Binnennachfrage schwächt.

Armut trotz Arbeit

Der Armutsbericht der Bundesregierung zeigt, wie sehr sich das Risiko, in Armut abzurutschen, durch Niedriglöhne erhöht. Dies gilt besonders, wenn Aufstiegsmöglichkeiten versperrt sind und Betroffene zwischen Arbeitslosigkeit und schlecht bezahlten Jobs hin- und her pendeln.

Die Europäische Sozialcharta von 1961 legt fest, dass ein Lohn unter 60 Prozent des nationalen Netto-Durchschnittslohns nicht angemessen ist. Nach Berechnungen des WSI waren das im Jahr 2003 monatlich 1.012 Euro. 3,3 Millionen Menschen verdienten weniger. (Brutto entspricht das in etwa den 1.442 Euro, die das WSI als Grenze für den Armutslohn ansetzt).

Böckler Impuls 02/2006

Niedriglohn-Subventionen

Der SPD-Parteivorstand will laut „Bremer Erklärung“ künftig einfache Arbeiten besser fördern. Basis hierfür ist ein Modell der Professoren Bofinger und Walwei, nach dem die Sozialbeiträge von Geringverdienern subventioniert werden sollen. Eine ausführliche Stellungnahme dazu hat die Abteilung Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand der ver.di vorgelegt. Nachzulesen auf unserer Website unter dem Link *Gewerkschaften aktuell*.

www.weltderarbeit.de

Blick zurück:**Die Arbeiterinnen im Klassenkampf**

Die Gründungsgeschichte der politischen Organisation von Arbeiterinnen ist eine lange, bittere Geschichte der politischen Verfolgung dieser Frauen. Emma Ihrer, gegen Ende des 19. Jahrhunderts die erste und einzige Frau in der Gewerkschaftsführung, war in besonderer Weise davon betroffen. Am 3. Januar jäherte sich ihr Geburtstag zum 150. Mal. Sie starb, 54jährig, am 8. Januar 1911.

Koalitionsverbot für Frauen

Emma Ihrer stammte aus einer kleinbürgerlichen Familie im schlesischen Glatz und hatte Putzmacherin gelernt. Als junge Frau ging sie nach Berlin und engagierte sich sofort in der damals sich entwickelnden Frauenbewegung. Schon 1885 gehörte sie zu den Gründerinnen des ‚Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen‘, der der SPD nahe stand.

Die Verhältnisse für die politische Linke waren damals extrem schwer – und doppelt schwer für Frauen: Von 1878 bis 1890 bestand das berüchtigte ‚Sozialistengesetz‘, das den Sozialdemokraten (und denen, die man dafür hielt) sämtliche Basisaktivitäten bei Strafe verbot. Bis 1908 herrschte in Preußen und anderen deutschen Landen zudem ein Vereinsrecht, das „Frauenspersonen, Schülern und Lehrlingen“ verbot, Parteien oder Gewerkschaften beizutreten; ja, „Frauenspersonen“ durften nicht einmal Veranstaltungen „solcher politischen Vereine beiwohnen“. Emma Ihrer und viele andere Vorkämpferinnen der sozialistischen Frauenbewegung saßen „wegen Zuwiderhandlung“ im Gefängnis.

Ein weiteres Problem war der proletarische Antifeminismus. Die Mehrheit der männlich geprägten Arbeiterbewegung lehnte die Erwerbstätigkeit von Frauen ab. Frauen (und mehr noch Kinder) galten als „Lohnrücker und Schmutzkonzurrenz“. Wenn sie gar noch am politischen Leben teilnehmen wollten, brachten sie mit ihrer verbotenen Anwesenheit die Männer-Versammlungen in die Gefahr der Auflösung. Schließlich war ‚die Obrigkeit‘ in Gestalt preußischer Gendarmen oder von ihnen beauftragter Spitzel immer dabei. Aber die politisch Aktiven in der Arbeiterinnenbewegung waren erfinderisch: Sie gründeten zur Tarnung Näh- oder Lesezirkel und Sterbekassen, um das politische Vereinsverbot zu umgehen und sich trotzdem zu schulen. Und etliche von ihnen gingen – nicht immer unerkannt - in Männerkleidung zu den Versammlungen ihrer Kollegen und Genossen.



Fünf-Pfennig-Briefmarke von 1989 aus der Reihe „Frauen der deutschen Geschichte“

In der Arbeiterbewegung des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts gab es zwei einflussreiche Ausnahmepersönlichkeiten, die im Gegensatz zur

Mehrheit ihrer Anhänger Vorkämpfer für die Frauenemanzipation waren: August Bebel als Führer der Sozialdemokraten und Carl Legien, der Vorsitzende des ersten gewerkschaftlichen Dachverbandes in Deutschland.

Vorkämpfer für Emanzipation

Beide Männer hatten zwar sehr unterschiedliche Auffassungen von der Rolle der SPD und der Gewerkschaften innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung; aber über die Notwendigkeit der Frauenemanzipation waren sie sich einig. Bei Emma Ihrer erkannte Carl Legien früh auch deren rhetorische Begabung. Er wurde ihr wichtigster Förderer und später auch ihr Lebenspartner.

Große Aufmerksamkeit, weit über ihre vielfältigen politischen Aktivitäten in Berlin und als Rednerin im ganzen Kaiserreich hinaus, errang Emma Ihrer 1889 auf dem Kongress der II. Internationale in Paris. Zusammen mit Clara Zetkin erreichte sie dort unter anderem, dass „die Heranziehung der Arbeiterinnen zur Gewerkschaftsorganisation den Delegierten zur Pflicht gemacht (wurde)“. Schon vorher hatten sich Frauen an Streiks beteiligt. Legendär wurde der Streik der Wäschenäherinnen gegen die Anhebung des Zolls auf englisches Nähgarn, das die Frauen benutzen und auf eigene Rechnung kaufen mussten. Der Zoll wurde nicht erhöht, und eine Enquête des Reichstags untersuchte darauf hin erstmals die Lage der Arbeiterinnen in der Wäsche- und Konfektionsbranche. Emma Ihrer berichtete darüber in Vorträgen und in ihrer

- Fortsetzung auf Seite 7 -

- Fortsetzung von Seite 6 -
Schrift „Die Arbeiterinnen im Klassenkampf“ (Hamburg, 1898).

1890 wurde das ‚Sozialistengesetz‘ nicht erneut verlängert. Noch im gleichen Jahr kamen 74 Delegationen aus allen Gewerkschaftsvereinen zusammen und einigten sich nach kontroversen Diskussionen auf eine zentralistische Organisationsform. Das als ‚Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands‘ bezeichnete Gremium bereitete den ersten ordentlichen Gewerkschaftskongress (1892 in Halberstadt) vor. Carl Legien war Vorsitzender, Emma Ihrer das einzige weibliche Mitglied der Kommission.

„Den Unverstand bekämpfen“

Auch die SPD konnte 1890 offiziell wieder aktiv werden. Sie schuf der proletarischen Frauenbewegung mit der Zeitung „Die Arbeiterin“ erstmals ein Sprachrohr; seine ‚Chefin‘ wurde Emma Ihrer. In dem sozialistischen Blatt veröffentlichten unter anderem Clara Zetkin und die Marx-Tochter Eleanor. Die Zeitung, wenig später unter dem Titel „Die Gleichheit“ von Clara Zetkin herausgegeben, hatte ehrgeizige Ziele, darunter zuerst: politische Schulung der Frauen, des weiteren: Erfahrungsaustausch über Aktivitäten, aber auch über politische Verfolgung und Prozesse gegen Frauen der Arbeiterinnenbewegung. Emma Ihrer schrieb dazu, man wolle „beweisen, was der weibliche Teil des Proletariats aus eigener Kraft vermag, wenn es gilt, den ärgsten Feind aller, den Unverstand, zu bekämpfen und mit diesem die moderne Ausbeutung der Frauen auf allen Gebieten.“ Das war auch ein Appell an den männlichen Teil der Arbeiterbewegung.

Anna Riedel

Nachrichten

Gewerkschaftsreformen in Österreich

„Unsere Gewerkschaftsbewegung ist Opfer geworden. Opfer von Betrug, krimineller Fahrlässigkeit und einem Verrat an unserer Ideologie. Mit unserem Vermögen wurde leichtsinnig spekuliert, und so stehen wir heute hier mit leeren Taschen, mit Wut im Bauch und mit Zornestränen in den Augen. Aber gerade dieses vor wenigen Monaten noch Unvorstellbare gibt uns auch Mut und Kraft, um mit voller Entschlossenheit die Krise als Chance zu nutzen“, erklärte Rudolf Hundstorfer. Er führte den Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) in den vergangenen zehn Monaten im Übergang durch die Turbulenzen um die inzwischen verkaufte Bank für Arbeit und Wirtschaft (Bawag).

Hundstorfer wurde nun auf dem dreitägigen Bundeskongress des ÖGB Ende Januar in Wien mit 84 Prozent Zustimmung der Delegierten zum neuen Präsidenten gewählt. Die als Vizepräsidentin kandidierende Renate Csörgits verfehlte ebenso die notwendige absolute Mehrheit wie Fritz Neugebauer, Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), der dem Kongress unentschuldigt ferngeblieben war. Er erreichte nur 35,92 Prozent. Gewählt wurden schließlich Roswitha Bachner mit 76 Prozent der Delegiertenstimmen und Norbert Schnedl, ein Beamter, der allerdings auch nur bei 67 Prozent der Delegierten Zustimmung fand.

Dem Kongress waren teils heftige Debatten über Strukturen, Aufgaben und Ziele des ÖGB vorgegangen. Hinter den Kulissen wird weiterhin über mehr oder weniger Eigenständigkeit der seit 1945

von 16 auf neun Gewerkschaften geschrumpften Organisation gestritten.

Im ÖGB soll es künftig eine klare Trennung zwischen den gewählten Funktionären und der Administration geben. Stärker zusammenarbeiten will der Gewerkschaftsbund mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Die Zielgruppenarbeit soll professionalisiert werden. Ein weiterer Eckpfeiler der ÖGB-Reform ist der Beschluss der Quote. Frauen müssen in Zukunft in allen Gremien mindestens entsprechend ihrem Mitgliederanteil von derzeit rund 33 Prozent vertreten sein. Die Einkommen der Spitzenfunktionäre werden im Internet offen gelegt. Die Grenze für hauptamtliche Funktionäre wurde auf monatlich 5.800 Euro netto festgelegt.

Mitgliederentwicklung im DGB

Ende Dezember 2006 waren in den acht DGB-Gewerkschaften 6.585.774 Mitglieder organisiert. Das sind 193.000 weniger als ein Jahr zuvor (-2,8 Prozent). Damit hat sich im Vergleich zu 2004 und 2005 der Mitgliederverlust verlangsamt. Im Jahr 2005 verloren die DGB-Gewerkschaften per Saldo rund 234.000 Mitglieder (-3,3 Prozent), im Jahr 2004 gingen die Mitgliederzahlen um 350.000 zurück (-4,8 Prozent).

Asozialer Verleger

Bei der vom Dortmunder Verleger Lambert Lensing-Wolff herausgegebenen *Münsterschen Zeitung* sind 19 Mitarbeiter/innen ohne Ankündigung „freigestellt“ worden. Betroffen sind die Lokalredaktion, die Sportredaktion und das Sekretariat. Sie wurden durch eine externe Firma ersetzt. Ihnen droht nun die Kündigung.

Ein Job ist häufig nicht genug

Immer mehr Menschen gehen mehr als einer Beschäftigung nach. Nach Angaben des Bundesinstituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stieg die Zahl der Arbeitnehmer/innen, die mehr als ein Beschäftigungsverhältnis haben, in den Jahren 2000 bis 2004 um rund 300.000 auf 1,5 Millionen. Lohn oder Gehalt reichen häufig nicht aus, um davon menschenwürdig leben zu können. Besonders Frauen haben oft notwendigerweise mehrere Arbeitsverhältnisse. Mitte 2004 gingen etwa 830.000 Frauen und 630.000 Männer mehr als einer Tätigkeit nach. Damit lag der Anteil bei den Frauen mit 5,5 Prozent deutlich über dem Anteil der Männer mit knapp vier Prozent.

Der Anteil der Mehrfachbeschäftigten an der Gesamtheit der 26,5

Millionen sozialversicherungspflichtig und 4,8 Millionen ausschließlich geringfügig Beschäftigten betrug 4,7 Prozent. Die meisten Mehrfachbeschäftigten, nämlich 82 Prozent (1.193.000 Personen), übten neben einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung eine geringfügige Nebentätigkeit aus. Elf Prozent (165.000 Personen) kombinierten mehrere Mini-Jobs, und sieben Prozent hatten mehrere sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Ein wesentlicher Grund für den Anstieg der Mehrfachbeschäftigung lag nach Auffassung von Arbeitsmarktexperten in der Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Seit April 2003 können in so genannten Mini-Jobs monatlich 400 Euro steuerfrei verdient

werden, für Arbeitnehmer/innen auch frei von Sozialbeiträgen. Das gilt auch, wenn der Mini-Job neben einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit ausgeübt wird. Bis dahin war eine zusätzliche geringfügige Beschäftigung neben einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung steuerlich und sozialversicherungsrechtlich wie eine Ausweitung der bereits bestehenden abhängigen Beschäftigung behandelt worden.

Neu eingeführt wurden mit der Novellierung der gesetzlichen Bestimmungen außerdem die so genannten Midi-Jobs mit ermäßigten Sozialversicherungsbeiträgen für Arbeitnehmer/innen in der „Gleitzone“ zwischen 400 und 800 Euro Monatseinkommen. Diese Arbeitsverhältnisse zählt die Bundesagentur für Arbeit zu den sozialversicherungspflichtigen.

Internet – Tipps

Die Tarifrunde 2007 hat begonnen. Das WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung berichtet über die Verhandlungen in den verschiedenen Branchen aktuell unter der Internet-Adresse www.tarifrunde-2007.de

Die Website „BILDblog.de – Notizen über eine große deutsche Boulevardzeitung“ gehört zur Avantgarde der Medienkritik! www.bildblog.de

Spannende Dokumentationen sendet das Westdeutsche Fernsehen in seinem dritten und teilweise auch im ersten Programm in der Reihe „Die Story“. Infos www.wdr.de/tv/diestory/index.phtml

Edmund Stoibers gestammelte Werke und schönste Stilblüten: www.rushme.de/stoiber-stilblueten/

Armut in Deutschland

Rund 10,6 Millionen Deutsche, das sind etwa 13 Prozent der Bevölkerung, sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes arm oder von Armut bedroht. Ein Drittel der Alleinerziehenden lebt unter oder nur knapp über der Armutsgrenze. 1,7 Millionen Betroffene sind Kinder unter 16 Jahren. Besonders schlimm ist die Lage in den neuen Bundesländern. Hier leben rund 17 Prozent der Bevölkerung zumindest an der Schwelle zur Armut. In der alten Bundesrepublik sind es 12 Prozent.

Armutsriskanten sind vor allem Arbeitslosigkeit und fehlende Bildungsabschlüsse. Vier von zehn Arbeitslosen sind armutsgefährdet, ebenso ein Viertel der Menschen ohne abgeschlossene Schul- oder Berufsausbildung. Als arm gelten statistisch Personen, die weniger als 60 Prozent des

mittleren Einkommens zur Verfügung haben, in Deutschland also weniger als 856 Euro monatlich. Für eine Familie mit zwei Kindern liegt die Grenze bei 1.798 Euro. Die Betroffenen müssen sich meistens gravierend einschränken und leben oft in menschenunwürdigen Verhältnissen - und das in einem der reichsten Länder dieser Erde!

Alle Berechnungen basieren auf Zahlenmaterial aus dem Jahr 2004; für das Erhebungsjahr 2005 sind noch keine Daten verfügbar. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland im Hinblick auf Armut und Lebensbedingungen etwa im Mittelfeld. Besser ist die Situation in Dänemark, Finnland, Luxemburg und Schweden. Teils wesentlich schlechtere Armutsquoten gibt es in Frankreich, Italien, Spanien, Belgien, Griechenland, Irland und Portugal.

Mindestlöhne in der EU steigen

Die gesetzlichen Mindestlöhne in den meisten europäischen Staaten sind im Lauf des Jahres 2006 stark angehoben worden. In zahlreichen Ländern sind darüber hinaus zum 1. Januar 2007 weitere Mindestlohnsteigerungen in Kraft getreten. Wie aus einer Bilanz des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung hervorgeht, werden in den meisten westeuropäischen Staaten derzeit Mindestlöhne zwischen acht und neun Euro pro Stunde gezahlt.

Mit zumeist zweistelligen Steigerungsraten waren die Erhöhungen der Mindestlöhne in Mittel- und Osteuropa am stärksten. Spitzenreiter war mit 48 Prozent Lettland, gefolgt von Estland mit 34 Prozent und der Slowakei mit 32 Prozent. Die Mindestlohnsteigerungen beruhen allerdings auf dem anhaltenden lohnpolitischen Aufholprozess in diesen Ländern. Aber auch in einigen westeuropäischen Ländern wie etwa Irland oder Großbritannien kam es mit Zuwachsraten von mehr als acht Prozent zu einem erheblichen Anstieg der Mindestlöhne.

Mit der Erweiterung der Europäi-

schen Union um Bulgarien und Rumänien existieren in 20 von 27 EU-Staaten allgemeine, branchenübergreifende gesetzliche Mindestlöhne.

Die divergierenden Mindestlohnlevels spiegeln zum Teil die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten und die wirtschaftliche Leistungskraft in den jeweiligen Ländern wider. Darüber hinaus gibt es jedoch auch erhebliche nationale Niveauunterschiede: Gemessen an den nationalen Durchschnittslöhnen variiert das Niveau der Mindestlöhne in Europa zwischen 30 und 60 Prozent, wobei beispielsweise Spanien ein relativ niedriges, Frankreich ein relativ hohes Niveau aufweist. Um die Annäherung der Lebensverhältnisse in der EU zu unterstützen und Mindestlöhne möglichst überall arbeitsfest zu machen, hält das WSI die Einführung einer europäischen Mindestlohnnorm für sinnvoll. Die nationalen Mindestlöhne sollen nach Ansicht des WSI schrittweise auf ein Niveau angehoben werden, das mindestens 50 Prozent des nationalen Durchschnittslohns entspricht.

* * * *

Buchtipps

Rudolf Hickel

Kassensturz –

Sieben Gründe für eine andere Wirtschaftspolitik

Rowohlt, 255 Seiten, 14,90 €

Dieses Buch ist eine engagierte Abrechnung mit einer sinnlosen Politik, die uns immer ärmer werden lässt!

„Fast alle wichtigen Parteien, die meisten Wirtschaftswissenschaftler, Unternehmen und Verbände, der Großteil der Medien – sie alle

stimmen in den großen Gesang ein, der da heißt: Verzichtet, so wird euch gegeben; die Letzten werden die Ersten sein. In der Ära Schmidt wurde das Libretto geschrieben, in der Ära Kohl war Uraufführung, in der Ära Schröder wurde das Stück mit wagnerianischer Wucht neu inszeniert, und Frau Merkels Große Koalition werfelt gerade an der Fassung für die neue Spielzeit. Man sollte das Stück endlich absetzen. Es wird Zeit für eine Wirtschaftswende.“

Kommentar

Peter Hartz

Mit dem Namen Peter Hartz verbinden sich besonders für Langzeitarbeitslose einschneidende Zumutungen; denn die nach ihm benannten „Reformen“ erzielten am Arbeitsmarkt ausschließlich negative Effekte. Besonders pikant ist in diesem Zusammenhang, dass der Topmanager kürzlich wegen Untreue und Begünstigung vor Gericht stand. 44 Straftaten wurden ihm zur Last gelegt. Gesamtschaden für VW: 2,6 Millionen Euro. Aber dafür muss er nicht etwa in den Knast. Staatsanwaltschaft und Verteidigung haben sich im Gegenzug für Hartz' Geständnis schon im Vorfeld auf eine Strafobergrenze verständigt: zwei Jahre Haft auf Bewährung und eine Geldstrafe von 576.000 Euro. Hartz' Dienstherr VW wird durch eine Management-Versicherung entschädigt. Den Imageschaden für Betriebsräte, Gewerkschaften und die betriebliche Mitbestimmung scheint kaum jemanden zu interessieren. Peter Hartz erhält monatlich übrigens weiter 16.207 Euro Betriebsrente. Und er ist vermutlich immer noch Mitglied der IG Metall. *Franz Kersjes*

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35 Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.
www.weltderarbeit.de

Nachdruck gegen Übermittlung von Belegen erwünscht. – Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.

Investivlohn – ein „brandaktuelles Thema“?

Die Wirtschaft entwickelt sich in konjunkturellen Schwankungen. Ähnlich scheint es mit dem Thema „Investivlohn“ bzw. „Beteiligung am Produktivvermögen“ zu gehen. Die Debatte flammt in Deutschland bereits seit den 1950er Jahren immer mal wieder auf. Immer dann, wenn angesichts öffentlichen Unmuts über die wachsende Kluft zwischen Arbeit und Kapital die Politik Tatkraft zeigen will. Dann kommen Vorschläge zum Investivlohn plötzlich wieder auf den Tisch. Die Botschaft lautet: Wir tun was! Passiert ist bislang jedoch kaum etwas.

Die jüngsten Investivlohn-Wellen gehen vom Bundespräsidenten Horst Köhler und aktuell von der Bundeskanzlerin Angela Merkel aus. Der Bundespräsident hatte Ende 2005 dem Magazin *Stern* gesagt, er halte „die Zeit für gekommen, die Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer oder ihre Beteiligung am Produktivvermögen wieder auf den Tisch zu bringen“.

Nun kramt Angela Merkel den Vorschlag wieder hervor und fordert „mehr Eigentum am Unternehmen in Arbeitnehmerhand“. Investivlöhne seien hierzu das richtige Mittel. Sind Köhler und Merkel nun plötzlich zu Anwälten der Beschäftigten geworden? Zu Vorkämpfern einer Umverteilung von oben nach unten?

Natürlich nicht! Schnell wird nämlich deutlich, dass es Köhler und Merkel nicht etwa um *zusätzliche* Einkommen aus Kapitalvermögen für die Beschäftigten geht. Es geht um Kapitaleinkommen *an Stelle* von Lohn.

„Das ist ein lange vernachlässigtes, aber brandaktuelles Thema

für Deutschland: Durch Beteiligung an der Wertsteigerung des Kapitals den Arbeitnehmern eine neue Teilhabe am Wohlstand zu geben, das heißt, Kapitalentwicklungen als Teil des Lohns zu haben“. (Angela Merkel laut *Handelsblatt* vom 18. November 2006)

Was sind Investivlöhne?

Beim Investivlohn erhalten Beschäftigte neben ihrem normalen Lohn („Barlohn“) auch noch einen Investivlohn. Dieser wird nicht ausbezahlt, sondern zur Finanzierung von Investitionen im jeweiligen Unternehmen verwandt. Oder er wandert in einen überbetrieblichen Vermögensfonds. Die Beschäftigten erhalten dann zum Beispiel entweder Belegschaftsaktien des eigenen Unternehmens oder Anteilscheine von Kapitalanlagegesellschaften.

Entscheidend ist, ob Investivlöhne *an Stelle* des tariflichen Lohns – bzw. von Lohnsteigerungen – oder zusätzlich zum tariflichen Lohn, also „on-Top“ gezahlt werden. Dann ginge das zusätzliche Einkommen zu Lasten der Gewinne. So finanzierte Investivlöhne würden eine Umverteilung von den Gewinn- und Vermögenseinkommen hin zu den Arbeitseinkommen bedeuten.

Genau dies wollen Köhler und Merkel aber nicht. Im Gegenteil: Beschäftigte sollen auf Teile ihres Lohns – bzw. von Lohnsteigerungen – verzichten. Durch „Standortvereinbarungen und betriebliche Bündnisse“, wie es unversehens auf dem CDU-Parteitag in Dresden Ende November 2006 formuliert wurde. Den Verzicht nennen sie In-

vestivlohn. Nur so könnten Beschäftigte noch einen „fairen Anteil am Volksvermögen“ erhalten. Beschäftigte finanzieren so ihre Beteiligung am Unternehmen selbst. Es geht lediglich um Lohnumwandlung. Dann könnten sich Beschäftigte auch selbst von einem Teil ihres Lohns zum Beispiel Aktien kaufen – oder aber auch nicht. Können Beschäftigte frei entscheiden, kaufen sie in der Regel keine Unternehmensbeteiligungen. Denn die meisten können sich das gar nicht leisten. Das Einkommen wird vollständig für die notwendigen Ausgaben wie Miete, Nahrungsmittel usw. gebraucht.

Investivlöhne sollen Lohnverzicht verdecken

In den vergangenen zehn Jahren sind die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer in Deutschland real, also nach Abzug der Preissteigerung, bereits deutlich gefallen. Und nun kommen Köhler und Merkel mit dem Vorschlag, weiter auf Einkommen zu verzichten. Stattdessen soll es Investivlöhne geben. Mit diesem Vorschlag wollen sie offensichtlich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Unternehmen brauchen weniger Lohn zu zahlen und erhalten eine bessere Kapitalausstattung

www.wipo.verdi.de

Bei der **Gewinnbeteiligung** erhalten Beschäftigte zusätzlich zu Lohn und Gehalt einen erfolgsabhängigen Betrag (s. *WdA*-Seite 11, Beitrag über Bertelsmann)

Bei der **Kapitalbeteiligung** stellen Beschäftigte dem Unternehmen finanzielle Mittel zur Verfügung und tragen auch noch das Risiko des Kapitalverlustes.

Otto Meyer

Wie die Reichen reicher und die Armen ärmer werden

Die Nettoeinkommen in Deutschland sind im Durchschnitt aller Privathaushalte zwischen 1991 und 2005 um zwei Prozent gesunken, wie das Statistische Bundesamt Ende November mitteilte. Zwar hätten die Haushalte heute 30 Prozent mehr im Portemonnaie, aber die Preise seien um 32 Prozent gestiegen. Nicht mitgeteilt wurde, wo denn der in diesem Zeitraum doch auch noch erarbeitete reale Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts geblieben war. Preissteigerung und Realzuwachs ergaben in den 14 Jahren ein Mehr von nominal 46 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, wie man aus anderen Statistiken des Bundesamtes ersehen kann. Rechnet man die Preissteigerungen heraus, so bleibt immerhin noch ein realer Zuwachs von 14 Prozent, was 2005 einem Wert von 315 Milliarden Euro entsprach. Wo dieses Mehr geblieben ist, wenn doch den Haushalten zwei Prozent weniger zur Verfügung standen, wird nicht erörtert. Einen Teil der Antwort hält man, wenn man sich die enormen Zuwächse in den volkswirtschaftlichen Bilanzen der Vermögenswerte anschaut: So konnten die Besitzenden – neben den Wertsteigerungen des persönlichen Anlage- und Immobilienvermögens – zum Beispiel allein ihr Geldvermögen in den letzten 14 Jahren mehr als verdoppeln, von 2 Billionen Euro 1991 auf 4,2 Billionen Euro 2005. Doch dem Statistischen Bundesamt waren derartige Zusammenhänge in seiner jetzigen Publikation keine Darstellung wert.

In der statistischen Durchschnittsrechnung werden für die BRD heute 1,5 „Verbrauchereinheiten“ pro Haushalt angenommen: Die erste Person zählt 1, die zweite Person 0,5, wenn sie über 15 Jahre alt ist, Kinder werden als 0,3 Verbrauchereinheiten gerechnet. Das Bundesamt differenzierte diesmal seine Gesamtdarstellung, indem es die Einkommensentwicklung in fünf sehr unterschiedlich betroffenen Haushaltsgruppen verfolgte: von der Gruppe der Selbständigen über die der Beamten, der Angestellten, der Arbeiter bis zu jener der Nichterwerbstätigen. Die Medienberichterstattung verwischte oft schon den realen Einkommensrückgang. Besonders die Einkommensunterschiede und deren differierende Entwicklungen wurden eingeebnet oder weggelassen. Die *Welt* titelte: „Kaufkraft der Verbraucher stagniert seit 1991.“ *FAZ*: „Inflation zehrt Anstieg des Einkommens auf.“ *FR*: „Reallöhne schrumpfen.“ *Taz*: „Weniger Geld in der Haushaltskasse.“ *SZ*: „Deutsche können sich weniger leisten.“ Derart halb informiert soll der schnelle Leser lernen, dass er sich nicht groß aufzuregen brauche; es gehe eben allen Deutschen heute etwas schlechter – geteiltes Leid ist halbes Leid!

- Fortsetzung auf Seite 12 -

Gewinnbeteiligungsmodell bei Bertelsmann

Seit 1970 werden die Beschäftigten in den Unternehmen des Bertelsmann-Konzerns am Gewinn beteiligt. Auf Firmenebene haben Betriebsräte und Geschäftsleitung eigene, auf die spezifischen Anforderungen des einzelnen Unternehmens zugeschnittene Regelungen und Systeme zur Gewinnbeteiligung ausgehandelt und festgelegt. Diese Modelle sind untereinander gleichwertig. Allen gemeinsam ist die Grundbedingung, dass eine bestimmte Mindestrendite erreicht werden muss, bevor eine Gewinnbeteiligung ausgezahlt wird (Firmenkomponente). Die Festlegung der Mindestrenditen für die Gewinnbeteiligung erfolgt in Anlehnung an die jeweils branchenüblichen Renditen und ist wegen der unterschiedlichen Charakteristika und Kapitalbindung der Geschäfte von Firma zu Firma unterschiedlich. Maßstab für die Höhe der Firmen-Gewinnbeteiligung sind betriebswirtschaftliche Kenngrößen mit Bezug zum Ergebnis des jeweiligen Geschäfts. Im Regelfall ist das die Umsatzrendite auf Basis des operativen EBIT, von dem vor der Verteilung des Gewinns Investitionen in neue Geschäfte und Arbeitsplätze sowie Zinsen, Steuern und Abschreibungen auf Firmenwerte finanziert werden. Die Ausschüttung aus der Firmenkomponente darf maximal 1,5 Monatsgehälter betragen. Grundsätzlich sind alle Beschäftigten beteiligt, wenn sie einem aktiven oder ruhenden Arbeitsverhältnis angehören und zum Stichtag wenigstens zwei Jahre im Unternehmen beschäftigt waren. Auch wenn Rekordergebnisse in einzelnen Firmen erreicht werden, kommt es oft nicht zur Gewinnbeteiligung, da die Messlatte ziemlich hoch liegt.

Zweiter Bestandteil der Gewinnbeteiligung ist die Konzernkomponente. Sie wird unabhängig von der Firmenkomponente gezahlt. Liegt die Konzernumsatzrendite über dem zurzeit gültigen Minimum von 8 % (Stand: Sept. 2006), so wird auf Konzernebene im Inland eine Gewinnbeteiligung ausgeschüttet. Sie darf maximal ½ Monatsgehalt betragen. Diese maximale Ausschüttung wird bei einer Rendite des Konzerns von 12 % erreicht. Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten und Tarifverträge bestehen nicht.

- Fortsetzung von Seite 11 -

In den meisten Zeitungen wird ihm auch vermittelt, dass „wir alle in unserem Land“ zu lange über „unsere Verhältnisse“ gelebt hätten; jetzt aber hole uns „die Globalisierung“ ein oder der „demographische Wandel“. Alle müssten eben den Gürtel enger schnallen...

Aber davon sind durchaus nicht alle in gleicher Weise betroffen – das Bundesamt hatte das korrekt aufgelistet. Am auffälligsten ist die Differenz zwischen „Arbeitern“ und „Selbständigen“: So konnten die Haushalte der Selbständigen ihr Netto-Jahreseinkommen durchschnittlich von 77.000 Euro 1991 auf 106.900 Euro 2005, das heißt um 38 Prozent, erhöhen; real war das trotz des Preisanstiegs ein Einkommenszuwachs von sechs Prozent. Ein Arbeiterhaushalt dagegen hatte 1991 durchschnittlich 24.100 Euro zur Verfügung, bis 2005 wurden daraus 30.200 Euro, was eine nominale Zunahme von lediglich 25 Prozent bedeutet und preisbereinigt einen Rückgang um sieben Prozent. Die Selbständigen konnten also ihr früher schon dreimal so hohes Einkommensniveau weiter ausbauen. Den Arbeitern dagegen wurde der Reallohn beschnitten.

Am ärmsten sind die Haushalte der „Nichterwerbstätigen“ dran. Ihr Jahreseinkommen lag 2005 in einem Haushalt mit zwei Erwachsenen (= 1,5 Verbrauchereinheiten) durchschnittlich bei 21.200 Euro und damit nur knapp über der EU-Armutsgrenze (die 60 Prozent vom Haushaltsdurchschnittseinkommen der Gesamtbevölkerung des jeweiligen Landes beträgt, 2005 waren das in Deutschland 20.220 Euro). Aber ein großer Teil derer, die auf Transfereinkommen angewiesen sind, erlebt die soziale Ausgren-

zung noch viel dramatischer, als es eine solche Durchschnittszahl ausweist. Zur Gruppe der „Nichterwerbstätigen“ rechnet das Statistische Bundesamt auch alle Pensionäre und Rentner, ebenso die Arbeitslosengeld- und Sozialhilfeempfänger. Betrachtet man nur die Gruppe derer, die nach den Kriterien der Sozialhilfe oder des Arbeitslosengeldes 2 leben müssen, so beträgt deren Haushaltseinkommen weniger als 38 Prozent vom durchschnittlichen Haushaltseinkommen, also weit unterhalb der EU-Armutsgrenze von 60 Prozent. Ihr so genanntes Einkommen liegt noch unter der 40-Prozent-Grenze, die in den Sozialwissenschaften „Strenge Armutsgrenze“ heißt. Wer da noch behauptet, die Hartz-IV-Sätze gewährten das vom Sozialgesetzbuch gebotene „soziokulturelle Existenzminimum“ zur Wahrung der vom Grundgesetz-Artikel 1 als unantastbar geforderten „Würde des Menschen“ – wie jüngst die Richter des Bundessozialgerichts in Kassel –, legitimiert kapitalistische Klassenherrschaft, mit unabhängiger Rechtsprechung im Interesse des Gemeinwohls hat das nichts zu tun..

Die Armen dieses Landes sind also noch ärmer und sie sind mehr geworden. Jene, die sich in der Mitte wähnen, weil noch in Arbeit, sind ebenfalls ärmer geworden. Die Reichen aber werden immer reicher. Diese Erkenntnis ist nun keineswegs neu, obwohl nicht jeden Tag eine Behörde wie das Bundesamt für Statistik sie vortragen darf. Interessanter werden die ausgewiesenen Zahlen, wenn man sie mit anderen verknüpft: Die Gruppe der Selbständigen (Groß- und Kleinunternehmer zusammengenommen) wurde reicher, während der Durchschnitt aller Haushalte mit weniger auskommen musste als vor 14 Jahren. So liegt der Schluss

nahe: Nicht trotz, sondern wegen der Absenkung des Einkommens der großen Mehrheit konnte die kleine Gruppe der Hochverdienenden sich immer noch besser stellen. Die Reichen wurden reicher dadurch, dass den Ärmern und den Armen genommen wurde.

Auch das ist nicht neu, es ist das allgemeine Grundgesetz einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Es konnte nur jahrzehntelang unsichtbar gemacht werden, indem die reicher werdenden Kapitalbesitzer zumindest in der so genannten Ersten Welt ihre ArbeiterInnen und sogar die RentnerInnen und Arbeitslosen ein wenig an ihren Gewinnen teilhaben ließen. Diese Zeiten sind vorbei, Verarmung und soziale Verelendung betreffen heute nicht mehr nur die Bevölkerungen in der Dritten Welt. Der Zwang zur ständigen weiteren Kapitalvermehrung (Akkumulation) erfordert immer höhere Gewinnbeträge auch aus den Industrieländern. Die weitere Zunahme des Reichtums in den Händen der Reichen erfordert stärkere Ausbeutung ihrer ArbeiterInnen weltweit und weitere Enteignung der Armen, vorangetrieben von willfährigen Regierungen – sofern sie nicht demokratisch daran gehindert werden. Wie lange wird die Menschheit sich den Kapitalismus und das asoziale Treiben einer relativ kleinen Clique von Nutznießern noch gefallen lassen? Ich erinnere mich an die Parole einer Initiative linker Christinnen und Christen in Kanada: „We can't afford the rich.“ Ja, wirklich, wir können uns die Reichen nicht (länger) leisten.

(Erstveröffentlichung in der Zweiwöchenschrift *Ossietzky* Nr. 25 vom 16. Dezember 2006)

www.sopos.org/ossietzky